Anerkennung
Mitarbeiter im Gesundheitsamt würdigen » Seite 3

Vernetzung der Alten
Neue Impulse für die Seniorenarbeit in Dresden » Seite 4

Stress an Stress-Ecke
Konflikte in der Neustadt beschäftigen den Stadtrat » Seite 5

Ausgabe 04

»Mit hundert Milliarden stürbe niemand mehr an Hunger«

Gregor Gysi

VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

Juni/Juli 2022

Wir werden gebraucht.

100.000.000.000 Euro für das Gemeinwohl, nicht für die Renditen von Rüstungsaktionären. Dafür streitet – fast – nur DIE LINKE. » Seite 2

Jede Stimme zählt

Ein verlorener erster Wahlgang und doch bleibt DIE LINKE in zentraler Verantwortung für die Entwicklung unserer Stadt

Radverkehrsanlage auf der Albertstraße, Übernahme der Krankenbehandlung für Asylbewerberinnen und Asylbewerber, Stellen für langzeitarbeitslose Menschen, verkaufsoffene Sonntage, Stärkung von Gemeinwohlökonomie in Dresden, Dresden als Sicherer Hafen für Geflüchtete, Beibehalt von 30 Prozent Sozialbauquote, mehr Bildungsgerechtigkeit durch Netzausbau, Stadtteilmanager für alle Stadtbezirke, Aufwertung des Elberad- und -wanderwegs, Sanierung der Carolabrücke – es gab in den letzten Jahren viele umstrittene Themen im Stadtrat. Bei vielen stand die Entscheidung hin zu einer gerechteren, nachhaltigeren, lebenswerteren Stadt auf Messers Schneide. Immer wieder sorgte der aktuelle Oberbürgermeister mit seiner einen entscheidenden Stimme dafür, dass das Pendel in die andere Richtung ausschlug.

In Dresden ist ein Wechsel an der Stadtspitze in greifbarer Nähe. Als LINKE haben wir auf André Schollbach gesetzt – aufgrund seiner Erfahrung, seiner Hartnäckigkeit, wenn es um die gerechte Sache geht, seiner Unermüdlichkeit und seines klaren Kompasses – auch im kommunalpolitischen Klein-Klein. Und wir würden es wieder tun. Wir haben den Dresdnerinnen und Dresdner ein Angebot der Hoffnung gemacht – Hoffnung darauf, dass Veränderungen möglich sind. Ein Teil dieser Veränderung ist immer noch möglich – und wenn es nur an der einen Stimme liegt, die im Rat den Ausschlag gibt und für diese Stadtgesellschaft eine andere Richtung einschlägt.

Wenn also Hoffnung angesagt und linke Positionen in der Verwaltung zusätzliche Partner finden, dann sollten wir dies als Chance begreifen. Anderenfalls könnten wir unsere Sachen packen und nach Hause gehen.

Thomas Feske

NEUER ANTRAG

Schulhöfe demokratisieren!

Während der gesamten Schulzeit verbringen Kinder und Jugendliche etwa 15.000 Stunden in der Schule, zwischen Stunden verbringen sie ihre Zeit auf dem Schulhof. Schulhöfe sind aber nicht bloß Orte des Zeitvertreibs; sie bieten Plätze der Erholung, der Freizeitgestaltung und der sozialen Interaktion. Viel zu oft handelt es sich um Betonwüsten, die Schüler, Lehrer und Erzieher regelrecht grillen. Gestaltet man sie jedoch richtig, könnten sie sich zu erfrischenden grünen Oasen verwandeln. Schülerinnen und Schüler fühlten sich wohler, wären aufnahmefähiger und können quatschen, spielen oder entspannen. Schulen sollen deshalb selbstbestimmt mit ihren Höfen umgehen können sollen. Das würde nicht nur das Ansehen der Schule und das lokale Klima verbessern, sondern auch Eigeninitiative fördern, das Verantwortungs- und Gemeinschaftsgefühl stärken und demokratisches Handeln üben. » Seite4

100.000.000.000 Euro

100 Milliarden Euro neue Schulden will die Ampelregierung aufnehmen und im Grundgesetz festschreiben, um ihr so genanntes Sondervermögen für Aufrüstung zu finanzieren. DIE LINKE im Bundestag zeigt auf, welche Schritte für ein besseres Zusammenleben, soziale Gerechtigkeit und eine friedliche Gesellschaft stattdessen finanziert werden könnten

Rüstungskonzerne machen Kasse, für viele normale Menschen reicht das Geld zum Leben kaum

8.000.000.000 Euro für Wohnkosten

Würde für die Hartz IV-Regelsätze das Existenzminimum nicht willkürlich kleingerechnet, hätten nicht nur mehr Menschen Anspruch auf Hartz IV, sondern auch auf die Übernahme von Wohnkosten. Der würdevolle Umgang mit betroffenen Menschen kostete rund 8 Miliaren Euro.

5.500.000.000 Euro für soziale Infrastruktur für Kinder

Wenn man nicht nur über die Belastung für Kinder und Jugendliche durch die Corona-Pandemie reden will, sollte man 5,5 Milliarden in die soziale Infrastruktur für Kinder und Jugendliche investieren. Damit sind pandemiegerecht ausgestattete Kitas und gestärkte Jugend- und Bildungsstätten und Übernachtungsstätten möglich.

1.600.000.000 Euro für die Rentenangleichung Ost-West

Die Wiedervereinigung liegt mittlerweile dreißig Jahre zurück und noch immer steht die Rentenangleichung zwischen Ost und West aus. Mit 1,6 Milliarden ließe sich diese Ungerechtigkeit beheben.

■ **Mehr Infos: www.die-linke.de/themen/frieden/100mrd/**

1.170.000 Euro für Alleinerziehende

Von 2,6 Millionen Alleinerziehenden in unserem Land sind fast 40 Prozent wegen Erwerbslosigkeit, Teilzeit oder miesen Löhnen auf Hartz IV angewiesen. Den Betroffenen würde es helfen, das Kindergeld nur zur Hälfte auf den Unterhaltsvorschuss anzurechnen. Das kostet 1,17 Millionen.

1.000.000.000 Euro für die UN-Behindertenrechtskonvention

Mit einer Milliarde würde endlich die UN-Behindertenrechtskonvention umgesetzt werden können. Deutschland hat sie schließlich ratifiziert. Sie schreibt für Menschen mit Behinderung und chronischer Erkrankung das Menschenrecht auf Teilhabe und Inklusion fest.

2.500.000.000 Euro gegen marode Krankenhäuser

Klamme Bundesländer sparen Krankenhäuser kaputt, da sie Gelder, die eigentlich für Personal gedacht sind, für Investitionen in Gebäude und Technik ausgeben. Das ist schlecht für Patienten und Personal. Würde der Bund den zuständigen Ländern mit 2,5 Milliarden Euro über zehn Jahre unter die Arme greifen, stünden zusammen mit der gleichen Summe von den Ländern die notwendigen 50 Milliarden Euro bereit, um Krankenhäuser wieder auf den Stand der Technik zu bringen.

6.000.000.000 Euro für kostenlose Kita- und Schulverpflegung

In Deutschland wächst jedes fünfte Kind in Armut auf. Das heißt auch, den Eltern fehlt das Geld, um zuverlässig für eine ausgewogene und gehaltvolle Ernährung sorgen zu können. Die ist aber wichtig für die körperliche und geistige Entwicklung der Kinder, für ihre Lern- und Leistungsfähigkeit und ihre Gesundheit. Mit 6 Milliarden pro Jahr könnte die Verpflegung in Kitas und Schulen für alle Kinder kostenlos sein.

15.000.000.000 Euro für bezahlbare Mieten

Von rund 3 Millionen Sozialwohnungen im Jahr 1990 sank die Zahl auf heute nur noch rund eine Million. Das ist auch ein Grund für die Mietenexplosion. Und jedes Jahr fallen weitere 75.000 Sozialwohnungen weg, weil die sogenannte Bindungsfrist ausläuft. Mit 15 Milliarden jährlich über mindestens zehn Jahre könnten jährlich 250.000 Sozialwohnungen und weitere 130.000 kommunale und genossenschaftliche Wohnungen entstehen.

Mit 100 Milliarden lässt sich viel anfangen

Mir wird immer erzählt, dass unsere Soldatinnen und Soldaten im Winter keine warme Unterwäsche haben. Außerdem flögen die Flugzeuge nicht, die Schiffe führen nicht und die Panzer rollten nicht. Ich kann nur feststellen: Frankreich gibt in etwa dasselbe für Rüstung und Armee aus wie wir und da funktioniert alles. Es scheint doch nicht an der Menge des Geldes, sondern an der Art der Verwendung zu liegen. Darum sollten sich der Haushaltsausschuss und der Verteidigungsausschuss des Bundestages mal kümmern. Die NATO gibt für Armeen und Rüstung gegenwärtig das 20-Fache der Summe aus, die Russland aufbringt. Hat das den Krieg verhindert? Nein. Wie kommt man eigentlich auf die Idee, dass sämtliche Gefahren beseitigt würden, wenn man jetzt das 25-Fache oder 30-Fache ausgäbe? Ich halte die ganze Denkweise für falsch. Wenn dieser Krieg hoffentlich bald beendet ist, müssen wir unbedingt zurückkehren zur Deeskalation, zur Abrüstung, zur Diplomatie, zur strikten Einhaltung des Völkerrechts, zum Interessenausgleich. Es gibt nicht nur unsere Interessen, sondern immer auch ein Interesse des Gegenübers. Allerdings gilt auch: Die NATO hat zwar viel falsch gemacht, aber kein einziger Fehler rechtfertigt diesen völkerrechtswidrigen Krieg. Wenn man nun überhaupt 100 Milliarden über Kredite aufnimmt, könnte man sie sehr viel nützlicher verwenden. Wenn wir jährlich dem Welternährungsprogramm der UNO 14 Milliarden Euro zur Verfügung stellten, und das sieben Jahre lang, bedeutete das 98 Milliarden Euro. Dann wäre der Hunger auf der Welt endlich gestillt. Niemand stürbe mehr an Hunger. Das wollen wir.

Gregor Gysi

Fürsorge und Heilung bedeuten Verantwortung

BEWÄLTIGUNG DER PANDEMIE

Was es braucht

Dass das besondere Engagement des Städtischen Friedhofs- und Bestattungswesen in der Zeit der Corona-Pandemie gewürdigt wird, ist in Dresden längst beschlossene Sache. Eine nicht minder große Würdigung soll mit einem aktuellen Antrag von LINKEN, Grünen und SPD den Beschäftigten und Unterstützerinnen bzw. Unterstützern des Amtes für Gesundheit und Prävention zugestanden werden – in Form einer außertariflichen Zahlung.

Die Bewältigung der Pandemie stellte und stellt insbesondere das Gesundheitsamt seit nunmehr über zwei Jahren vor besondere Herausforderungen. Neben der originären Aufgabenerfüllung der Kontaktpersonennachverfolgung von zehntausenden an Indexfällen wurden und werden ständig neue Aufgaben auf den öffentlichen Gesundheitsdienst übertragen, die so auch beinahe ausschließlich durch das Amt für Gesundheit und Prävention zu erbringen sind. Genannt sei hier beispielsweise die Bearbeitung von mehreren tausend reiserückkehrenden Personen, die Prüfung von annähernd hunderten Hygienekonzepten, die Begehung und Beauftragung von über mehreren hundert Testangeboten in Dresden, die Ausstellung von circa tausend Grenzpendlerbescheinigungen sowie die eigenverantwortliche Pflege der städtischen Internetpräsenz aber auch der Erlass und die Aktualisierung städtischer Allgemeinverfügungen.

Systemrelevante Berufe

Für LINKEN-Stadtrat Magnus Hecht, Mitglied im Ausschuss für Allgemeine Verwaltung, ist es wichtig, »den vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des städtischen Gesundheitsamtes eine Anerkennung für ihre Arbeit während der letzten Jahre zukommen zu lassen.« Eine Prämie, wie sie im aktuellen Antrag vorgesehen ist, drücke die Dankbarkeit der Stadtgesellschaft für die Mehrarbeit aus.

Nur durch den unermüdlichen Einsatz von annähernd der Hälfte des amtsangehörigen Personals sowie zahlreicher Unterstützer:innen sei die Abarbeitung der vielen genannten Aufgaben möglich (gewesen). Die übrigen Bereiche im Amt mussten über den gesamten Zeitraum hinweg die darüberhinausgehenden Pflichtaufgaben zumindest auf einem Mindestmaß erhalten und fortführen, da auch die Begleitung und Betreuung von chronisch psychisch Kranken, die Beratung im Schwangerschaftskonflikt oder auch die Förderung freier Träger bzw. die Pflichtaufgaben der Kinder- und Jugendgesundheit unter Pandemiebedingungen wichtig waren und sind. Aus diesem Grund ist zu konstatieren, dass das gesamte Personal des Amtes unmittelbar oder mittelbar im Corona-Management tätig war und teilweise immer noch ist, sei es durch die direkte Pandemiebekämpfung oder durch die indirekte Übernahme zusätzlicher Aufgaben zur Ermöglichung von Personaleinsätzen im »Bereich Corona«.

»Es ist wichtig, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des städtischen Gesundheitsamtes eine Anerkennung zukommen zu lassen.«

LINKEN-Stadtrat Magnus Hecht

Hecht weiß, wie viel die Pandemie letztlich jedem und jeder abverlangt habe, die Würdigung der Mitarbeitenden im Gesundheitsamt könne daher nur ein Fingerzeig in die Richtung sein, dass in der Pandemie als systemrelevant bezeichnete Berufe insgesamt gute Arbeitsbedingungen mit einer endlich angemessenen Bezahlung brauchen. *Die Redaktion*

KOMMENTAR

Gerechtigkeit braucht Umverteilung

Schon mit der Corona-Pandemie, aber mehr noch mit dem russisch-ukrainischen Krieg ist das alltägliche Leben auch in unserer Stadt für viele Menschen schwieriger geworden. Egal ob im Supermarkt, bei den Heizkosten, auf der Stromrechnung, an der Tankstelle oder in der Kantine – das Leben wird von Woche zu Woche teurer.

Primat der Politik

Die Entwicklung der Kosten des Lebensnotwendigen sollte nicht am Markt ausgehandelt werden, hier braucht es das Primat der Politik. Dieser Forderung nach politischer Einflussnahme kann und muss auch die Kommune folgen. Sie kann und sollte – auch in Dresden – eingreifen bei explodierenden Mieten, bei den Elternbreiträgen für Kita, Hort und Krippe, bei den Fahrpreisen bei Bus und Bahn, bei den Eintrittspreisen städtischer Sozial-, Freizeit- und Kultureinrichtungen, bei den Einkommensgrenzen für Dresden-Pass und Sozialticket und auch bei den Strompreisen, nicht um Stromverschwendung zu belohnen, sehr wohl aber, um das Lebensnotwendige bezahlbar zu halten. Vom Bundestag erwarte ich, dass endlich die Konzerne zur Kasse gebeten werden, die sich an der spekulativen Preistreiberei eine goldene Nase verdienen. Denn wenn die Einnahmeseite stimmt, ist die Verteilung des Geldes eine Frage politischer Prioritätensetzung – bei knappen Kassen allerdings auch.

Falsche Prioritäten beim Sachsenbad

Das zeigt sich im Kleinen – wie etwa beim Sachsenbad. Dort hatte Dirk Hilbert die Verkündung von 109 Millionen Euro Mehreinnahmen hinausgezögert bis der Verkauf des Bades, der auch mit angeblich kaum stemmbaren Sanierungskosten begründet wurde, durch den Rat gegangen war. Es zeigt sich im Großen, wo auf Bundesebene seit Jahren behauptet wird, für soziale und kulturelle Zwecke sei kein Geld da und zugleich 100 Milliarden Euro für Rüstung quasi über Nacht aus dem Hut gezaubert werden. Ich halte diese Aufrüstung für den Ausdruck einer völlig falschen Prioritätensetzung und befürchte, dass mit der neu einsetzenden Rüstungs- und Abschreckungslogik eine gefährliche, sich selbst erfüllende Prophezeiung geboren wurde.

#DerAppell

Auch wenn der Bundestag die Aufnahme des 100-Milliarden-Sondervermögens durchgewunken hat, war es mir wichtig, den »Appell« zu unterzeichnen, der zu Recht ausführt, dass der russische Einmarsch »durch nichts zu rechtfertigen ist«. Der Aufruf sieht die Verantwortung »für die Toten und die Menschen auf der Flucht« bei der russischen Regierung, aber er sagt auch: »Die auf Jahrzehnte geplante Hochrüstung beendet das Sterben in der Ukraine nicht und macht unsere Welt nicht friedlicher und nicht sicherer.« Es gibt gute Gelegenheiten und drängende Aufgaben, denen diese gewaltigen finanziellen Mittel zugeführt werden müssten. Gerechtigkeit braucht Umverteilung – kämpfen wir dafür.

André Schollbach

Hier kann der Aufruf gegen die Aufrüstung in Deutschland noch mitgezeichnet werden: https://derappell.de/

ALTENHILFEPLAN

Neues in der Seniorenarbeit

In der von uns beantragten Sondersitzung des Stadtrates wurde endlich – nach etlichen Vertagungen – der Fachplan Altenhilfe und Seniorenarbeit beschlossen. Nachdem die 270 Seiten starke Vorlage vor ziemlich genau einem Jahr veröffentlicht wurde, passierte sie sämtliche Stadtbezirksbeiräte und Ortschaftsräte, die zuständigen Beiräte und Fachausschüsse.

Einer der Schwerpunkte des neuen Fachplans ist der Fokus auf die Gemeinwesenarbeit in den Senior:innenbegegnungsstätten. Ziel ist es, im Stadtteil Menschen miteinander zu vernetzen, Generationen, wie auch verschiedene Akteur:innen zusammen zu bringen und so auch die Bedarfe und Interessen der Menschen im Stadtteil aufzunehmen. Ein besseres Netz an Nachbarschaft und auch Nachbarschaftshilfe soll so entstehen oder, wo schon vorhanden, verstärkt werden.

Vernetzung tut auch älteren Semestern gut

Gerade in Zeiten der Corona-Pandemie haben sich gut funktionierende Nachbarschaftsnetzwerke oftmals als rettender Anker erwiesen. Menschen haben aufeinander geachtet, den Einkauf für die Oma um die Ecke miterledigt oder auch mal einen Gang zur Apotheke angeboten. Ganz unterschiedliche Leute kamen in den Nachbarschaftsnetzwerken zusammen und haben ihre Ressourcen miteinander geteilt. So kann es auch gelingen, Seniore:innen zu erreichen, die von selbst nicht den Weg zu einer Begegnungsstätte gehen.

Mit der Förderung der Gemeinwesenarbeit soll hiervon ein Stück weitergeführt werden und durch die Unterstützung von Mitarbieter:innen der Begegnungsstätten angeschoben und verstetigt werden. Mit diesem Schwerpunkt soll die Arbeit in der Altenhilfe in eine andere Richtung gelenkt werden. *Pia Barkow*

Neue Oasen in der Stadt

Ein neuer Antrag zeigt, wie eine neue Kultur des Planens und Gestaltens von Dresdner Schulhöfen Realität werden kann

Schulhöfe brauchen nicht nur bunte Zäune, sondern echte Aufenthaltsqualität

Vor etwa einem Jahr nahmen Anja Osiander (ehemalige Stadträtin der Grünen) und ich an einer Rundfahrt durch Dresdner Schulhöfe teil. Es war ein heißer Tag, die Temperaturen über 30 Grad Celsius. Die Exkursion führte zu fünf Schulen, unter anderem an die 102. Grundschule, welche ihren Schulhof in einem partizipativen Prozess vollständig umgestaltet hatte, zur Laborschule und zum Vitzthum-Gymnasium.

Während uns bei der Laborschule geradezu eine erfrischende und grüne Oase erwartete, bekamen wir auf dem Schulhof einen regelrechten Hitzeschock. Unsere Rettung waren ein paar auf dem aus Beton bestehenden Schulhof, den ein paar offenbar für das Golfspiel hergestellte Rasenflächen zierten, aufgestellte Pavillons, unter denen wir Schutz suchten. So bekamen wir einen Eindruck, wie durch die Gestaltung des Schulhofes Bedingungen geschaffen werden können, die die Hitze erträglicher oder aber auch unerträglich machen.

Lasst unsere Schulhöfe zu grünen, nachhaltigen Orten werden

Heute gibt es im Vergleich zur Periode 1961 bis 1990 doppelt so viele heiße Tage mit Temperaturen über 30 Grad Celsius, Schulhöfe und Gebäude heizen sich enorm auf und führen zu Hitzebelastung und Unterrichtsausfall.

Antrag fördert Erfahrungsaustausch

Unser Antrag verfolgt das Ziel, Ideen von Schulen zur Umgestaltung ihrer Schulhöfe oder einen Teil ihres Schulhofes aufzugreifen und ihnen dafür Unterstützung zu bieten. Wir stellen uns das so vor:

Eine Schule erfährt von den positiven Beispielen (Punkt 1 des Antrages, das Bekanntmachen der guten Erfahrungen). Die Schule will auch eine Veränderung, weiß vielleicht nicht wie. Sie geht zu einer Ansprechperson im Amt für Schulen (Punkt 3 des Antrages), welche weitervermittelt – zum Beispiel an die Schulhoftransformer oder andere freie Träger– sowie alle Ämterentscheidungen koordiniert, denn das Amt für Schulen, das Grünflächenamt und das Amt für Hochbau sind einzubeziehen. Außerdem gibt es verschiedene Förderprogramme, die man für das Projekt nutzen kann und welche beantragt werden müssten.

Schulhofgestaltung unter Einbeziehung Vieler

Die vom Amt Beauftragten führen an der Schule einen Beteiligungsprozess durch, dazu können sie sich Künstler:innen und Handwerker:innen zur Unterstützung dazu holen. Wenn die Ideen für eine Neugestaltung ausformuliert sind, wird durch das Amt für Schulen eine Umsetzung beauftragt. Dafür steht jedes Schuljahr eine bestimmte Summe zur Verfügung. Das Ganze soll in den nächsten beiden Jahren als Pilotprojekt durchgeführt werden und danach soll geprüft und beschlossen werden, auf welche Art und Weise das verstetigt werden kann.

Lasst unsere Schulhöfe zu grünen, nachhaltigen Orten werden, wo Kinder und Jugendliche sich gern aufhalten und sie Anreize für Bewegung und Spiel erhalten. *Anja Apel*

Gegensteuern
Jungen Frauen Mut zur Zukunft machen
» Seite 2

Gegenwart
Ukrainische Kriegsflüchtlinge im HdB
» Seite 5

Gegenpole
EU und China suchen nach Kompromissen
» Seite 8

Ausgabe 04

»Wir brauchen eine Krisen-abgabe der Ultrareichen«

Martin Schirdewan

MITTENDRIN
Sozialistische Schrift für Dresden
Juni/Juli 2022

Chef oder Chefin?

Der Kampf ums Dresdner Rathaus geht in die zweite Runde.
» Seite 3

In Summe am stärksten

Die Abwahl von Dirk Hilbert ist möglich

OB-Wahl in Dresden. In der Summe ist es das stärkste Ergebnis, was Grün-Rot-Rot-Piraten in Dresden je hatten bei einer OB-Wahl. Auf dem ersten Blick kann der amtierende Oberbürgermeister mit 32 Prozent sein Ergebnis im ersten Wahlgang zwar ausbauen, um 0,75 Prozent gegenüber vor sieben Jahren, allerdings gab es damals noch einen CDU-Kandidaten, der 15,4 Prozent einheimste. Machte seinerzeit zusammen 46 Prozent.

Das gelb-schwarze Wahlbündnis landete diesmal gemeinsam bei unter einem Drittel Stimmanteil. So gesehen hat die Unterstützung durch die kandidatenlose CDU Hilbert rechnerisch 0,75 Prozent eingebracht – eine klare Niederlage für den Amtsinhaber.

Mit der gemeinsamen Kandidatin Eva Maria Stange kam Rot-Grün-Rot 2015 auf 36 Prozent, zählt man heute zusammen, schaffen Grün-Rot-Rot-Piraten gemeinsam 47,3 Prozent. Gegenüber 2015 ein Zuwachs von 11 Prozent! Heißt, Vorteil Grün-Rot-Rot-Piraten vor dem zweiten Wahlgang!

Um den zweiten Wahlgang für sich zu entscheiden, müsste Hilbert die extreme Rechte ansprechen, die zusammen auf knapp 18 Prozent kommt. Ich denke, Grün-Rot-Rot-Piraten haben eine klare Chance im zweiten Wahlgang. Es geht auch nicht nur um die Verwaltungsspitze, sondern um die derzeit alles entscheidende 71. Stimme im Stadtrat. Deshalb muss im zweiten Wahlgang Eva Jähnigen von den Grünen ohne Wenn und Aber unterstützt werden.

Klar, wir sind DIE LINKE, und keine Grünen. Die Kritik an den Grünen, mit einer per Preiskeule durchgesetzten Öko-Agenda die soziale Gerechtigkeit zu verletzen, wiegt weiter schwer. Allerdings wird DIE LINKE bei einer grünen Oberbürgermeisterin immer ein Wörtchen mitzureden haben. Der Amtsinhaber Dirk Hilbert, der die Stadt auf der Basis neoliberaler Ideologie der neunziger Jahre verwaltete, scheute sich nicht, zur Unterstützung auch auf die Stimmen der AfD zu setzen. Nein, die extreme Rechte darf nicht zum Königsmacher in Dresden werden. Deshalb, im zweiten Wahlgang Hilbert abwählen und Eva Jähnigen unterstützen. *Tilo Wirtz*

EDITORIAL

Ewige Krisenzeiten

Monatelang stand die Dresdner OB-Wahl im Mittelpunkt unseres Stadtverbandes. Für den zweiten Wahlgang heißt es nun, das Beste aus der Situation zu machen. Aber außerhalb des Dresdner Elbtals hat sich die Welt natürlich weitergedreht, so wie sie das immer macht. So geht es in dieser Ausgabe um die Staatsregierung als Inklusionsbremse, um das Für und Wider eines Bedingungslosen Grundeinkommens, zu dem in diesem Jahr ein Mitgliederentscheid angesetzt ist und um das Problem des Hasses im Internet. Letzteres hat sich inzwischen zu einem realen Problem in der Gesellschaft ausgewachsen und betrifft keineswegs nur Politiker:innen. Auch viele junge Menschen oder Künstler:innen sind Beleidigungen und Drohungen in den Netzwerken ausgesetzt. Um die wachsende Ungerechtigkeit in Zeiten von Wirtschaftskrisen und Inflation geht es schließlich in einem Beitrag von Martin Schirdewan, der das halbherzige Reagieren der EU auf dieses Problem beschreibt. *Uwe Schaarschmidt*

DEBATTE UM »SACHSEN BARRIEREFREI 2030«

Tempo machen für Inklusion

Am 4. Mai 2022 debattierte der Landtag über das Thema »Sachsen Barrierefrei 2030«. Die Sprecherin der Linksfraktion für Inklusion, Sarah Buddeberg, machte in ihrer Rede deutlich, dass gar nicht genug über Inklusion gesprochen werden könne. Auch das Motto für den Europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen könne die Linksfraktion nur unterstreichen: »Tempo machen für Inklusion«. Sarah zitierte mehrmals aus dem Beteiligungsportal des Freistaates, das ganz rege genutzt wurde und zuletzt 332 Beiträge beinhaltete. Diese Beiträge seien äußerst ernst zu nehmen, da einige einen sehr konkreten Handlungsbedarf zeigen.

Dennoch ist das debattierte Ziel »Sachsen Barrierefrei 2030« nur eine schöne Illusion. Stattdessen sollten wir eher realistisch sein, argumentierte Sarah Buddeberg, denn mit Barrieren werden im Alltagsgebrauch meist nur die Rampen verbunden. Es gibt aber viele verschiedene Kategorien: Es gibt mobile, kommunikative und kognitive Barrieren, diese betreffen alle Lebensbereiche. Daher sei eben mehr als die bauliche Veränderung nötig. Um allein erst einmal die Barrieren im Bestandsbau zu beseitigen, brauche es rechtliche Verbindlichkeit. Wir müssten somit diese Regelungen zur Barrierefreiheit auch gesetzlich festschreiben. Es brauche Gesetze statt Aktionspläne und Absichtserklärungen. Diese Gesetze müssen dann aber auch umgesetzt werden und verbindlich sein. Sarah sprach an dieser Stelle das Personenbeförderungsgesetz an, dass bis zum Jahr 2022 eine vollständige Barrierefreiheit garantiert. Eigentlich, denn auch das ist nicht realistisch.

Daran sieht man, dass der Europäische Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen so dringend notwendig und eben noch kein feierlicher Tag ist. Denn auch die UN-Behindertenrechtskonvention ist zwar bereits geltendes Recht, aber an vielen Stellen längst noch nicht umgesetzt. Das bedeutet erneut: »Tempo machen für Inklusion«.

Inklusion ist in allen gesellschaftlichen Bereichen zu fördern

Wir müssen etwas ändern und zwar dringend. Das bedeutet, Inklusion zu beschleunigen und Exklusion abzubauen, denn Exklusion besteht weiterhin. Zu sehen ist dies an dem Verharren im Förderschulwesen und den reformbedürftigen Werkstätten. Nicht vergessen dürfen wir die Gewalt in stationären Einrichtungen. Hierbei handelt es sich um ein strukturelles Problem: Ableismus – also die Beurteilung eines Menschen nach dessen Fähigkeiten. Diesem müssen wir entschlossen entgegentreten! *July Kölbel*

July Kölbel ist 15 Jahre alt, wohnt in Meißen, ist dort Mitglied der linksjugend und absolviert zur Zeit ein Praktikum bei Sarah Buddeberg (MdL)

Entgrenzte Sprache führt zu entgrenztem Handeln

Gegen den Hass im Netz

Das Internet ist kein rechtsfreier Raum

Hass im Internet ist gefährlich und kann zu tödlicher Gewalt in der realen Welt führen. Einer Umfrage zufolge erlebten mehr als drei Viertel der in Deutschland lebenden Menschen schon einmal Hass im Netz. Sie werden beschimpft, beleidigt, verächtlich gemacht und sogar mit dem Tode bedroht.

Was sollte sich also ändern? Es ist nicht zeitgemäß, dass auf Hassreden immer noch keine ausreichenden Konsequenzen folgen. Das Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität bzw. die Verschärfung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes ist nahezu wirkungslos, wenn die Umsetzung nicht funktioniert. Es beginnt damit, dass Gewalt im digitalen Raum vielfach nicht ernst genommen wird und Ermittlungen gegen Straftaten im Netz gar nicht erst aufgenommen werden – oder unendlich verschleppt werden. Die Täter können oft unerkannt und ohne jegliche Konsequenzen ihren Hass verbreiten. Sie sehen das Internet als rechtsfreien Raum an, in dem sie sich – vermeintlich – ungestraft austoben. Zwar ist das Internet kein rechtsfreier Raum, aber leider viel zu oft ein rechtsdurchsetzungsfreier Raum.

Straftaten, die sich im Internet abspielen, sind nicht an ein Bundesland gebunden. Es bedarf hier einer bundesweiten Antwort. Das Internet ist eben kein Neuland mehr, und das sollte auch für die Justiz und für die Polizeibehörden langsam klar sein. Hasskommentare dürfen weder verharmlost noch länger hingenommen werden, geschweige denn als Kavaliersdelikt abgetan werden. Es müssen dringend mehr Mittel für Schulungen zur Verfügung gestellt werden, um den Hass und die Straftaten im Internet effektiv zu bekämpfen, so wie es auch die Kollegin von der SPD gerade angedeutet hat. Die Möglichkeiten für Onlineanzeigen müssen ausgebaut und besser zugänglich gemacht werden. Es muss möglich sein, auch anonym Anzeige zu erstatten. Opferberatungsstellen fordern das alles übrigens schon sehr lange. Hasskommentare im Internet müssen von der Polizei und der Justiz genauso als reale Bedrohungen wahrgenommen werden wie Beleidigungen und Bedrohungen in der realen Welt.

Straftaten, die sich im Internet abspielen, sind nicht an ein Bundesland gebunden

Darüber hinaus müssen die Opfer von Hassrede viel besser geschützt werden. Es braucht eine bessere finanzielle Ausstattung der Beratungsstellen für Opfer rechter und rassistischer Gewalt. Viele Täter rechter, rassistischer, antisemitischer und sexistischer Beleidigungen im Internet sind viel zu lange verschont geblieben. Daran muss sich dringend etwas ändern. *Clara Bünger*

Wechsel ist überfällig

André Schollbach über die Chancen im zweiten Wahlgang

Mit 10,3 Prozent ist der Kandidat der LINKEN zur Oberbürgermeisterwahl in Dresden, André Schollbach nur auf Platz 5 gelandet. Erster von Links zu werden war das Ziel, das damit deutlich verfehlt wurde. Ein Gespräch über Ursachen und Schlussfolgerungen, sowie über den zweiten Wahlgang am 10. Juli.

Wahlpartys können eine lustige Sache sein, zumal, wenn das Wetter mitspielt. Nur letzteres war am 12. Juni der Fall – lustig war es eher nicht. Wie ging es Dir an diesem Abend?
In den letzten Monaten habe ich richtig geackert. Tag für Tag, von früh bis spät. Es waren unzählige Termine zu bewältigen – Wahlforen, Podiumsdiskussionen, Infostände und eine Menge an Gesprächen. Wenn ausnahmsweise mal kein Abendtermin anstand, haben wir bis spät in die Nacht plakatiert. Es war eine intensive, fordernde Zeit. Die Unterstützung durch die Genossinnen und Genossen unserer Partei war wirklich beeindruckend. Dafür bin ich sehr dankbar, das hat mir viel Kraft gegeben. Wir haben bis zum letzten Tag zusammen gekämpft und alles getan, was wir konnten. Daher hatte ich auf ein besseres Ergebnis gehofft. Aber angesichts der Resultate der letzten Landtagswahlen und der Bundestagswahl und den nach wie vor bestehenden erheblichen Problemen der LINKEN insgesamt konnte man auch keine Wunder erwarten. Daher habe ich das Wahlergebnis gefasst aufgenommen. Aber klar, du arbeitest und ackerst und kämpfst. Und der Lohn sind dann 10 Prozent. Da ist man nicht glücklich drüber.

»Die Unterstützung durch unsere Genossinnen und Genossen war wirklich beeindruckend«

Unterstützung aus Berlin. Dietmar Bartsch kurz vor der Wahl in Dresden

André Schollbach über den Dächern: Hoch hinaus ging es zumindest beim Kistenklettern am 1. Mai

Nun könnte man sagen: Okay – die Grünen haben bundespolitisch derzeit einen Lauf. Aber relativ klar hinter der SPD einzulaufen, ist für die LINKE in Dresden eher ungewöhnlich. Wo siehst Du die Ursachen?
Bereits zur Bundestagswahl lag die SPD auch in Dresden deutlich vor der LINKEN. Unsere Partei ist im vergangenen Jahr nur Dank dreier Direktmandate geradeso noch in den Bundestag gekommen. Es gab eine ganze Serie verheerender Wahlniederlagen bei den Kommunal- und Landtagswahlen. Doch die tiefgreifenden Probleme wurden bislang nicht gelöst. Ich hoffe, dass es den Verantwortlichen nun auf dem Bundesparteitag in Erfurt gelingt, die Weichen in die richtige Richtung zu stellen. Die Lage ist sehr ernst.

Was muss sich ändern, um als Partei bei den Menschen wieder anzukommen?
Da gibt es Einiges zu tun. Ganz praktisch sollten wir ab sofort damit beginnen, dass alle Genossinnen und Genossen in der Öffentlichkeit positiv übereinander reden. Wenn es etwas zu kritisieren gibt, ist das in Ordnung, aber bitte intern. Hier haben insbesondere jene Parteimitglieder, die ein Mandat oder Amt innehaben, eine große Verantwortung. In den wesentlichen gesellschaftlichen Fragen muss für die Menschen wieder deutlich werden, was die Position der LINKEN ist. Die wird bei wichtigen Themen infolge von Vielstimmigkeit und Zwist leider nicht immer deutlich. Die Leute können dann nicht erkennen, wofür die Partei steht und wogegen. Das funktioniert auf die Dauer nicht, wie wir feststellen müssen. Wir sind kein Karnickelzüchterverein, sondern eine politische Partei. Wenn wir als solche Erfolg haben wollen, müssen wir uns entsprechend verhalten.

Um einmal vom Negativen wegzukommen: Grüne, SPD, LINKE und Piraten liegen nach dem ersten Wahlgang gemeinsam deutlich vor dem amtierenden Oberbürgermeister und der Kandidat der AfD ist weit hinter seinen eigenen Erwartungen geblieben. Was folgt daraus für den zweiten Wahlgang?
LINKE, Grüne und SPD hatten sich vor dem ersten Wahlgang auf eine Zusammenarbeit im zweiten Wahlgang verständigt. Selbstverständlich stehe ich zu meinem Wort und unterstütze nun die Bewerbung von Frau Jähnigen. Bestehende inhaltliche Differenzen sollten jetzt hinter der Chance zurücktreten, den überfälligen Wechsel an der Dresdner Rathausspitze zu erreichen. Gemeinsam können wir das erreichen. Ich bitte deshalb alle Wählerinnen und Wähler, die mir im ersten Wahlgang ihr Vertrauen gegeben haben, nun um die Wahl von Frau Jähnigen. Mir ist bewusst, dass dies vielen Anhängerinnen und Anhängern der LINKEN gar nicht so leicht fallen dürfte. Ich kann das verstehen. Mir geht es ganz genauso und es kostet mich Überwindung, diesen Schritt zu gehen. Aber die Alternative dazu sind weitere sieben Jahre mit Dirk Hilbert an der Spitze der Stadt.

Fragen: Uwe Schaarschmidt

Gegen den Trend hilft auch das schönste Material wenig

Gute Chancen

Der Wechsel im Dresdner Rathaus ist greifbar nahe

Ziel für den 10. Juli: Grün statt Gelb

Ich beginne mit der kommenden Wahl: Grüne, SPD und DIE LINKE habe sich bereits im vergangenen Jahr darauf verständigt, mit einer gemeinsamen Kandidatur in den zweiten Wahlgang am 10. Juli 2022 zu gehen. Diese gemeinsame Kandidatin wird nach dem Ergebnis des ersten Wahlgangs Eva Jähnigen sein. Mit ihr steht eine langjährige Kommunalpolitikerin, früherer Landtagsabgeordnete und erfahrene Fachbürgermeisterin zur Wahl, die bereits in der Vergangenheit bewiesen hat, dass sie in politischen Auseinandersetzungen vermitteln und unterschiedliche politische Kräfte zusammenführen kann. Den Vorwurf, sie sei vorrangig grüne Parteipolitikerin, teile ich so nicht. Mir persönlich ist gut erinnerlich, dass sie sich vor zehn Jahren vorm Krankenhausbürgerentscheid als ehemalige Krankenschwester im Krankenhaus Neustadt entgegen der damaligen grünen Parteilinie – aber genauso wie DIE LINKE - für den Erhalt der Krankenhäuser als Eigenbetriebe ausgesprochen hat.

Der oder die Oberbürgermeister:in ist nicht nur Chef:in der Stadtverwaltung, sondern strukturiert auch die Entscheidungsprozesse und hat angesichts des Patts zwischen Rot-Rot-Grün und den Parteien rechts der Mitte auch die entscheidende 36. Stimme im Stadtrat. Und da macht es einen Riesenunterschied, ob eine eher linke Grüne oder ein eher konservativer FDP-Mann an der Spitze steht. Deshalb haben Andrè Schollbach, Jacqueline Muth und ich dazu aufgerufen, Eva Jähnigen nicht nur am 10. Juli 2022 zu wählen, sondern sie auch in den nächsten vier Wochen im Wahlkampf aktiv zu unterstützen. Vor sieben Jahren hatte Dirk Hilbert im ersten Wahlgang 32 Prozent der Stimmen, der CDU-Kandidat 15 Prozent und die gemeinsame Kandidatin von Rot-Rot-Grün 38 Prozent. Der Rest fiel auf die Kandidaturen der extremen Rechten und auf die Satirepartei DIE PARTEI. Es stand also 47 zu 38 gegen uns. Wie der zweite Wahlgang ausging ist bekannt.

Die Zeichen stehen günstig

Diesmal entfielen auf Grüne, SPD, Piraten und LINKE zusammen 46 Prozent, auf Dirk Hilbert mit CDU-Unterstützung knapp 33 Prozent. Der AfD-Kandidat hat zumindest am Wahlabend angekündigt, erneut zu kandidieren. Es steht also diesmal 46 zu 33 – aber andersherum. Die Chancen stehen gut, aber diejenigen, die im ersten Wahlgang eher dem SPD-Kandidaten Albrecht Pallas oder André Schollbach vertraut haben, müssen von Eva Jähnigen erst überzeugt werden. Dabei haben wir als DIE LINKE eine wichtige Aufgabe.

Ich bitte alle Genossinnen und Genossen alle ihre Möglichkeiten in diesem Sinne zu nutzen. Im Betrieb, in der Hausgemeinschaft, im Sportverein oder in der Kleingartensparte; bei Facebook, Instagram oder Tiktok.

Natürlich muss ich auch etwas zu den gut zehn Prozent für André Schollbach im ersten Wahlgang schreiben. Sicher bin ich mir: An André selbst hat es gewiss nicht gelegen. Er hat nicht nur mit großem persönlichem Einsatz an Infoständen, auf Podien und in der medialen Auseinandersetzung um jede Stimme gekämpft, sondern auch »zur Entspannung« nachts noch selbst plakatiert. Er hat viel Zuspruch erhalten, aber auch schäbige Attacken wegstecken müssen. Ihm gilt mein allererster und größter Dank. Mein zweiter riesengroßer Dank gilt meiner Ko-Vorsitzenden, die ehrenamtlich neben ihrer Berufstätigkeit als Wahlkampfmanagerin einen weiteren extrem anstrengenden Wahlkampf unter großen Zeit- und Krafteinsatz geführt und sich dabei nicht geschont hat. Mein dritter Dank gilt den vielen Genossinnen und Genossen, die die beiden über viele Wochen tatkräftig unterstützt haben, egal ob bei der Plakatierung, bei der Materialverteilung oder im digitalen Wahlkampf. Diese Genossinnen und Genossen, darunter viele neue und junge, sind es, die für eine gute Zukunft der Dresdner LINKEN stehen.

»Ich bitte alle Genossinnen und Genossen alle ihre Möglichkeiten zu nutzen. Im Betrieb, in der Hausgemeinschaft, im Verein oder in der Kleingartensparte; bei Facebook, Instagram oder Tiktok«

Jens Matthis, Vorsitzender der Dresdner LINKEN

Als Partei wieder in die Gänge kommen

Natürlich werden wir auch diesmal das Wahlergebnis analysieren und diskutieren. Eigene Schwächen und Fehler zu erkennen, ist schon deshalb in unserem ureigenen Interesse, weil wir ab sofort in der Vorbereitung der Kommunal- und Landtagswahlen 2024 sind. Wenn wir in diesen – auch unter ungünstigen Rahmenbedingungen – bestehen wollen, müssen wir unsere eigene Arbeit optimieren. Das gilt für die Wahlkampforganisation, für die digitale und die herkömmliche Öffentlichkeitsarbeit, aber auch für die Parteiarbeit, für die Aktivierung der Mitglieder insgesamt. Zugleich genügt ein Blick über die Stadtgrenze auf die Wahlergebnisse in den sächsischen Landkreisen und Gemeinden, um zu wissen, dass die Dresdner Zahlen nicht nur hausgemacht sind und dass über die Zukunft der Dresdner LINKEN nicht nur in Dresden entschieden wird.

Wir stehen vor dem Erfurter Bundesparteitag der LINKEN, an dem acht Delegierte aus Dresden teilnehmen und der sicher einer der spannenderen sein wird. Manche erhoffen sich von ihm eine *Richtungsentscheidung*, ein eindeutiges Durchsetzen eines Parteiflügels und die Zurückdrängung eines anderen. Ich hoffe eher auf Zeichen dafür, dass DIE LINKE die selbstzerstörerischen inneren Auseinandersetzungen überwindet und als konsequente Stimme für soziale Gerechtigkeit und für Frieden wiedererkennbar und für viele Menschen wieder wählbar wird. Auch in Dresden.

Jens Matthis

Betreuungsarbeit als Form der Jobgarantie

18. August
»Haus der Begegnung«
19 Uhr

Jobgarantie und Grundeinkommen

Gegenseitige Ergänzung statt Widerspruch

Vielfach werden in Debatten Jobgarantie und Grundeinkommen gegeneinander ins Spiel gebracht. Ich möchte im Folgenden die Jobgarantie kurz vorstellen und zeigen, dass beide Ideen einander ergänzen können und zusammen betrachtet und erstritten werden sollten. Befürworter:innen der Jobgarantie gehen von zwei grundlegenden Annahmen aus:

1. Der Staat ist die einzige Institution, die Arbeitsstellen unabhängig von Profitabilitätserwägungen anbieten kann.

2. Der originäre Zweck des Geldsystems ist das Ermöglichen einer adäquaten Bewirtschaftung der verfügbaren realen Ressourcen in Sinne des Gemeinwohls.

Dies bedeutet, dass der Staat einen Pool an gemeinwohlorientierten Arbeitsstellen schafft, die jedem:jeder der:die es möchte (Bedingungslosigkeit!) zur Verfügung steht. In Zeiten in denen die privatwirtschaftliche Aktivität zurückgeht steigt dieses Angebot, in Zeiten in denen die Privatwirtschaft *boomt*, sinkt es. Diese Jobs beinhalten einen sozialverträglichen (Mindest-)Lohn inklusive Lohnnebenleistungen. Die Jobgarantie setzt damit zugleich eine Gehaltsuntergrenze für die Privatwirtschaft, da es nun keine Notwendigkeit mehr gibt für einen niedrigeren Lohn als den der «staatlich garantiert« ist zu arbeiten.Wichtig: Die Jobgarantie umfasst Tätigkeiten, die in der Regel nur für eine kurze oder überschaubare Zeit übernommen werden. Volle Bezahlung erhalten die Menschen ab dem Zeitpunkt der Antragsstellung und somit eher als im heutigen System der Arbeitslosenunterstürzung. Die Art der Tätigkeit kann zudem von den Menschen selbst mitgestaltet werden. Die Jobgarantie ist jedoch kein Ersatz für die notwendigen dauerhaft zu schaffenden Stellen im Bereich Bildung, Pflege, Klimaschutz, Verkehrswende etc., könnte allerdings mitunter einen Einstieg in diese Bereiche erleichtern. Sie dient als garantierte Beschäftigung und wird aus diesem Grund oft gegen das BGE als *garantiertes Einkommen* in Stellung gebracht. Betrachtet man jedoch wie sich Einkommen heute zusammensetzen, so wird klar: Die Jobgarantie ist nach Karl Reiter Teil des *Primäreinkommens*, also ein Erwerbseinkommen. Das Grundeinkommen ist Teil der *Sekundäreinkommen*, also eine Sozialleistung. Beides in Verbindung gebracht sichert die Menschenwürde auf unterschiedliche Art und Weise. Die bedingungslose Auszahlung des Grundeinkommens sagt: »Du bist es (uns) wert!«, die Jobgarantie kann den Menschen zugleich vermitteln: »Du wirst gebraucht!«. Beide zusammen können ein wichtiger Hebel sein um im real existierenden Kapitalismus bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen zu erstreiten. *Michael Thate*

Die Jobgarantie ist kein Ersatz für dauerhaft zu schaffenden Stellen

Literatur

- **Höfgen, Maurice: Mythos Geldknappheit – Modern Monetary Theory oder Warum es am Geld nicht scheitern muss, Schäfer-Pöschel Verlag, Stuttgart 2020.**
- **Reiter, Karl: Kritik der Linken Kritik am Grundeinkommen, Mandelbaum Kritik und Utopie, Wien, Berlin, 2021.**

Veranstaltung zum Mitgliederentscheid über das Bedingungslose Grundeinkommen, 18. August, 19 Uhr, »Haus der Begegnung«

BERICHT VON DER BILDUNGSKONFERENZ

Digitales in Sachsen

Die Bildungskonferenz der sächsischen Linken Ende April fand noch unter strengen Corona-Regeln statt, was den Umfang der diskutierten Themen nicht einengte. Ich möchte mich in meinem kurzen Bericht auf die Themengruppe »Digitales« beschränken.

Ulrike Kurzawe von www.kita-dialogital.de gehörte zu meinem Team. Sie berichtete über frühkindliche mediale Bildung und ihre Arbeit zur Schulung von Mitarbeitenden in sächsischen Kitas. Verwiesen sei auf die Studie Kita-DIG.SAX, welche im Jahr 2020 die Bedarfe und Ausstattung der sächsischen Kindertageseinrichtungen zum Thema digitale Medien umfangreich erhoben hat.

Mit Carsten Müller bereicherte ein Berufsschullehrer und ehrenamtlich als Referatsleiter Schulische Bildung in der GEW Sachsen Tätiger das Team. Er verwies darauf, dass dem Pädagogischen in der digitalen Bildung das Primat zukomme und wir nicht allein von der »digitalen Bildung« – sondern von der »Bildung in der digitalen Welt« sprechen sollten.

Dr. Benjamin Bigl, langjährig tätig im Medienpädagogischen Zentrum in Torgau und jetzt an der Uni Münster als Projektkoordinator im DFG-Projekt »Barrierefreie Umfrageforschung«, berichtete in seiner Präsentation über die Untersuchungen zur Medienkompetenz der sächsischen Bevölkerung. Aufschlussreich war die Erkenntnis, dass in der Schul- und Weiterbildungslandschaft ein Fach Medienkunde eingeführt werden sollte.

Die Pandemie zeigte die Notwendigkeit in Sachen digitaler Bildung deutlich

Bildung in einer digitalen Welt heißt, bereits in Kitas damit zu starten, in den Schulen das Fach Medienkunde anzubieten und gleichzeitig die zeitlichen und personellen Anforderungen an technischen Service und Weiterbildung anzuerkennen. Ähnlich wie heute darum gerungen wird, in jeder Schule einen Sozialarbeiter fest zu integrieren, sollte diese Forderung auf einen »Digitalarbeiter« erweitert werden.

Ingrid Körner, AG Bildung Dresden

GESPRÄCH MIT CORNELIA ERNST

Herausforderung Migration

Mit unserer Dresdner Europaabgeordneten Cornelia Ernst sprechen wir über die Situation von Menschen, die in Europa und an seinen Außengrenzen auf der Flucht sind.

Ein grundsätzlicher Wechsel zu einem weltoffenen und antirassistischen Europa ist in der Migrations- und Asylpolitik notwendig. Viele Entscheidungen der EU degradieren Migrantinnen und Migranten auf nationaler Ebene zu Menschen zweiter Klasse, indem ihnen wichtige Menschen- und Bürgerrechte vorenthalten bleiben und sie als billigste Arbeitskräfte ausgenutzt werden. Gemeinsam mit außerparlamentarischen Bewegungen kämpfen wir in Sachsen für die Abschaffung der Massenunterbringung von Flüchtlingen, deren Bargeldversorgung und die Erleichterung ihrer Integration im Arbeitsmarkt.

■ 1. Juli, 18.30 Uhr, »Roter Salon« im »Rausch« in Pieschen, Bürgerstraße 36

Cornelia Ernst ist im Europaparlament Sprecherin für die Themen Datenschutz und Energiepolitik. Wir werden uns auch in diesen Themenfeldern den aktuellen Herausforderungen widmen

SOMMER

Termine und Veranstaltungen

Blutspende im »Haus der Begegnung«
■ 28. Juni, 15–19 Uhr, »Haus der Begegnung« (Saal), Veranstalter: Deutsches Rotes Kreuz

Sitzung des Stadtvorstandes
■ 7. Juli, 18 Uhr, »Haus der Begegnung« (Saal), Die Sitzung ist parteiöffentlich.

Stadtparteitag zur Wahl der Beigeordneten
■ 12. Juli, 18 Uhr, Die Einladung geht allen Mitgliedern zu.

Sitzung des Stadtvorstandes
■ 8. September, 18 Uhr, »Haus der Begegnung« (Saal), Die Sitzung ist parteiöffentlich.

2. Sitzung des Stadtvorstandes
■ 29. September, 18 Uhr, »Haus der Begegnung« (Saal), Die Sitzung ist parteiöffentlich.

Eine gute Adresse: Das Haus der Begegnung auf der Großenhainer Straße 93

NACHRUF

Zum Tod von Peter Heinrich

Peter hatte einige Talente. Eines davon war, immer dann anzurufen, um über die Lage der Partei zu diskutieren, wenn man viel zu tun hatte oder eilig zu einem Termin musste. Ein wenig kauzig kam er daher, dem einen wie auch dem anderen Bierchen nicht abgeneigt – aber immer freundlich und politisch hoch interessiert, mit Vorschlägen, von denen der eine so pfiffig war wie der andere verrückt. Man konnte ihn getrost als ein Original bezeichnen. Seinen Parteibeitrag brachte er persönlich jeden Monat vorbei. Der war nicht sehr hoch, denn Peter hatte die Wende, wie auch die Gesundheit übel mitgespielt. Vielen Dresdner:innen war er als Verkäufer der »Drobs« bekannt. Seit über 20 Jahren verkaufte er die Straßenzeitung und arbeitet auch in der Redaktion mit. Ruhiger war er geworden, in letzter Zeit. Wenige Monate vor seinem 80. Geburtstag ist er nun verstorben. *Uwe Schaarschmidt*

WECHSEL BEI DER RLS

Weitergabe des Staffelstabes

Nach elf Jahren hat unsere Geschäftsführerin Stefanie Götze den Staffelstab an Christiane Scholz weitergegeben. Wir möchten die Gelegenheit nutzen, um uns bei Stefanie noch einmal herzlichst für ihren langjährigen Einsatz zu bedanken und freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Chrissie, die bereits im Januar als Büroleiterin zu unserem Team dazugestoßen war.

In unserer Online-Veranstaltungsreihe »Linke Flaute«, die von März bis Mai stattfand, wurde ausführlich über die momentanen Schwierigkeiten gesprochen, mit denen linke Parteien und Bewegungen konfrontiert sind. Wer nicht teilnehmen konnte, hat jetzt die Möglichkeit, sich die Videos der Veranstaltungen auf unserem YouTube-Kanal anzusehen. Vor allem hinsichtlich einer neuen Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu linkem Wähler:innenpotential, die immerhin feststellte, dass ein Fünftel der Wähler:innen für ein linkes Politikangebot offen ist, lohnt es sich, sich mit der Überwindung aktueller Schwierigkeiten auseinanderzusetzten. In diesem Sinne wünschen wir einen schönen Start in den Sommer. *Die Mitarbeiter:innen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen*

Veranstaltungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen

Unsere Veranstaltungen werden mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.

Vortrag und Diskussion: »Rettet den Regenwald!«

Die Referentin und Indonesienexpertin Marianne Klute (Co-Vorsitzende »Rettet den Regenwald« e.V.) berichtet über Erfolge und Niederlagen beim Schutz tropischer Wildnis in Südostasien, in Amazonien und im Kongobecken. Sie ruft zu solidarischem Handeln mit der indigenen Bevölkerung auf.
Eine Veranstaltung des Projekts Sachsen im Klimawandel in Kooperation mit Attac Regionalgruppe Dresden, BUND Sachsen – Kreisgruppe Dresden, NABU Sachsen Regionalverband Dresden-Meißen und der Rosa Luxemburg Stiftung Sachsen.
■ 21. Juni, 19 Uhr, »Haus der Kirche«, Hauptstraße 23

Vortrag/Diskussion: »Wie proben wir den Aufstand aus der Küche?«

Wie proben wir den Aufstand aus de Küche, wenn wir das Haus nicht verlassen dürfen? Feministische Bewegungen in Zeiten der Pandemie zwischen Selbstsorge, Streik und Aufstand.
Constanze Stutz widmet sich in ihrem Vortrag einer Kartographierung der Verschiebungen der Organisationsformen, Forderungen und kollektiven Praxen feministischer Bewegungen. Entlang von vier Schlaglichtern zum Verhältnis von Feminismus und Revolution, zeigt sie, wie und warum sich ein feministisches Revolutionsverständnis grundlegend von bekannten Vorstellungen einer gewaltvollen großen Umwälzung unterscheidet und vorgreifend, tastend schon im Hier und Jetzt das ganz andere sucht (und gelegentlich auch findet).
Eine Veranstaltung des AZ Conni in Kooperation mit der RLS Sachsen
■ 24. Juni, 19 Uhr, » AZ Conni«, Rudolf-Leonhardt-Straße 39. Es gilt weiterhin 2G plus

Kein Alkohol ist auch keine Lösung

Die Dresdner Linksjugend engagiert sich gegen das geplante Alkoholverbot am »Assi-Eck«

»Matze! Schieb mal noch 'n Bier rüber«, übertönt jemand an einem Samstagabend das Schallen einer Musikbox. Die Kreuzung der Louisen- und Görlitzerstraße in der Dresdner Neustadt ist schon lange zum Treffpunkt vieler Jugendlicher geworden, doch das von der Stadt geplante Alkoholverbot könnte dem bald ein jähes Ende setzen. Die Linksjugend setzt sich mit Kundgebungen und der Teilnahme an einer Einwohner:innenversammlung, bei der Lösungen gesucht werden sollten, für nachhaltige Alternativen für die Neustadt und gegen ein Alkoholverbot ein.

Glasscherben, betrunkene Wildpinkler:innen und Lärm – so sehr das »Assi-Eck« von Jugendlichen und anderen sich hier treffenden Menschen geschätzt wird, für die Anwohnenden ist es ein Störfaktor. Aus Sicht der Linksjugend wäre ein Verbot jedoch nur eine vermeintliche Lösung: »Das Problem verlagert sich mit einem Alkoholkonsumverbot am Assi-Eck nur an andere Orte in der Neustadt. Der Beschlussvorschlag ist damit kein bisschen durchdacht«, erklärt der jugendpolitische Sprecher der LINKEN, Paul Senf. Das »Assi-Eck« biete Möglichkeiten für soziokulturellen Austausch und vor allem einen Raum für Dresdner:innen, der in der Neustadt ansonsten fehlt. Außerdem würden viele Spätshops und Imbisse vom Geschehen an der Kreuzung leben – ein Verbot, Alkohol zu verkaufen nähme vielen dieser Läden die Existenzgrundlage.

Rücksichtnahme statt Alkoholverbot

Um den Widerstand gegen ein Alkoholverbot auf die Straße und damit in den Wirkungsraum des Verbotes zu bringen, organisierte die Linksjugend Dresden zusammen mit den Jusos und den Neustadtpirat:innen kurz vor der Stadtratssitzung, in der das Verbot beschlossen werden sollte, eine Kundgebung am »Assi-Eck«. Mehrere hundert Menschen beteiligten sich an der Kundgebung und hörten Redebeiträge von den organisierenden Verbänden, Stadträt:innen, Stadtbezirksbeirät:innen und einer Anwohnerin, die sich auch gegen das Alkoholverbot aussprach. Ein Alkoholverbot sei nicht die richtige Lösung, sagte sie und forderte gegenseitige Rücksichtnahme. Konsens der Redner:innen: Das Alkoholverbot sei der falsche Weg. Die Kreuzung öffne die Möglichkeit, sich in nicht-konsumorientierten Räumen zu

Das »Assi-Eck«. Die Stadtverwaltung gebraucht die Bezeichnung »Schiefe Ecke«

Auch die Umsetzung des Verbots ist nicht unproblematisch

treffen, denn nicht jede:r kann oder will sich das Vier-Euro-Bier in der Kneipe leisten. Auch die Umsetzung des Verbots ist nicht unproblematisch: Es erfordert den Einsatz noch mehr Polizist:innen in der Neustadt, der nicht nur hohe Kosten verursacht, sondern vor allem den im Vergleich zur restlichen Stadt vergleichsweise sicheren Schutzraum von Marginalisierten zu zerstören droht.

Die Stadt denen, die drin leben

Zurzeit heißt es warten auf eine Entscheidung im Stadtrat: Bereits am 12. Mai sollte das Verbot beschlossen werden, das Thema wurde jedoch noch nicht behandelt. Die Linksjugend fordert weiterhin statt einem Alkoholverbot ein neues Konzept für das Gebiet um das »Assi-Eck«. Wo heute noch Autos und Straßenbahnen fahren, soll Platz geschaffen werden für Bäume, Mülleimer und öffentliche Toiletten, die Probleme, wie Lärmpegel und Verschmutzung lösen sollen. Mit mehr Platz in einzelnen Straßenzügen würden sich auch die Gruppentreffpunkte weiter verteilen. Die Idee: Nur ein Stadtbezirk, der sich nach dem Grundsatz »Die Stadt denen, die drin lebe« richtet und nicht ein Alkoholverbot werde die Situation am »Assi-Eck« entschärfen. *Klara Maria Gaßner*

OB-WAHLKAMPF DER LINKSJUGEND

Flyer mit jugendspezifischen Themen

Als Linksjugend haben wir im Wahlkampf alles Mögliche versucht, um auch die jüngeren Wähler:innen für die Oberbürgermeister:innenwahl zu mobilisieren.

In Vorbereitung auf die Wahl sind wir das Kommunalwahlprogramm der LINKEN Dresden 2019 durchgegangen, haben Forderungen, die besonders jüngere Menschen ansprechen, zusammengetragen und auf Grundlage dieser auch neue Ideen entwickelt. Diese Inhalte haben wir in einem Flyer zusammengefasst, mit dem wir unsere Forderungen an die neue Stadtspitze klar machen und natürlich dazu aufgerufen haben, André für das Amt zu wählen.

Die Flyer konnten wir dann bei zahlreichen Infoständen, mit denen wir überall in der Stadt unterwegs waren, an die Dresdner:innen bringen. Neben den für junge Menschen typischen Standorten in der Neustadt oder auf dem Campus sind wir dabei auch besonders in Stadtgebiete gegangen, in denen

wir bei der letzten Wahl als LINKE verloren haben. Das Feedback war überwiegend positiv und hat uns für den ersten Wahlgang ein gutes Gefühl gegeben. Über die Infostände hinaus waren wir entsprechend der Zielgruppe ebenso in den sozialen Medien präsent und haben auch digital versucht unsere Inhalte in die Dresdner Bevölkerung zu tragen. *Paul Senf*

Unsere Ausarbeitung zur OB-Wahl gibt es auch unter ob-machmal.de.

Alles hängt mit allem zusammen. Am unteren Ende der Einkommensskala wird selbst der Einkauf des Nötigsten zum Problem

Krisengewinner zur Kasse bitten

Die Inflation trifft vor allen Dingen einkommensschwache Haushalte. Hier ist schnelles Handeln der EU gefordert

Krisen treffen uns nicht alle gleich! Während die Einen in Kurzarbeit mussten oder jetzt die Heizkostenrechnung fürchten, werden Großaktionär:innen der DAX-Konzerne mit Milliarden Euro überschüttet. Niemand profitiert jedoch so unverhohlen von der momentanen Lebenskostenkrise wie die Energiekonzerne. Bei den derzeitigen Öl- und Energiepreisen können sie in diesem Jahr Mega-Gewinne von über einer Billion Euro erwarten!

Wir brauchen jetzt eine Steuer auf die Krisengewinne der Energie-, Pharma- und Digitalkonzerne. Diese Mega-Profite können wir an einkommensarme Menschen umverteilen, die besonders unter der Inflation zu leiden haben. Die Linke kämpft dafür, dass einkommensschwache Haushalte keine Mehrbelastung durch die hohen Energiekosten haben. Gleichzeitig dürfen die Aktionär:innen von Energiebetreibern durch einen Krieg nicht noch reicher werden. Auch können wir mit diesen Geldern Investitionen finanzieren, um unsere Energieversorgung von Russland unabhängig zu machen.

Die Corona-Pandemie war ein beispielloser Booster für die Gewinne marktmächtiger Konzerne wie Amazon und Pfizer. Gleichzeitig jonglieren sie jedoch ihre Krisengewinne am Fiskus vorbei in neblige Steuersümpfe. Das ist klipp und klar ein krummes Geschäft! Mercedes-Benz sparte in 2020 700 Millionen Euro durch Kurzarbeitergeld ein. Trotzdem schüttet der Autoriese 1,4 Milliarden Euro an seine Aktionär:innen aus. Das gleicht einer Umverteilung von Steuergeldern an diese Anteilseigner:innen. Das sollten wir uns zurückholen! Als ersten Schritt brauchen wir eine Krisenabgabe für Multimillionär:innen und Milliardär:innen.Wir brauchen endlich eine Mindeststeuer, die tatsächlich eine Revolution darstellt: ohne Schlupflöcher und mit einem 25-prozentigen Mindeststeuersatz.

Wir brauchen endlich eine Mindeststeuer, die tatsächlich eine Revolution darstellt

Die EU sollte sich darüber hinaus von Energieträgern wie Öl und Gas verabschieden, will sie die Klimawende verhindern und sich aus der Umarmung totalitärer Regime befreien. Statt Hunderte Milliarden in Aufrüstung zu stecken, um die Profite der Rüstungsindustrie zu steigern, muss die EU dieses Geld für eine sozial gerechte Energiewende nutzen. Außerdem brauchen wir einen EU-weiten Energiepreisdeckel, um besonders einkommensschwache Haushalte vor explodierenden Preisen und vor Energiearmut zu schützen.

Martin Schirdewan (MdEP)

MITTENDRIN
Sozialistische Schrift für Dresden

Impressum

Herausgeber
DIE LINKE. Dresden
Großenhainer Straße 93
01127 Dresden

Kontakt
Telefon: 0351/8583801
Fax: 0351/8583802
kontakt@dielinke-dresden.de
www.dielinke-dresden.de

V.i.S.d.P.
Uwe Schaarschmidt

Autor:innen dieser Ausgabe
Clara Bünger, Klara Maria Gaßner, July Kölbel, Ingrid Körner, Jens Matthis, Martin Schirdewan, André Schollbach, Paul Senf, Uwe Schaarschmidt, Michael Thate

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwahrende Kürzungen vor.

Bildnachweise
wikimedia commons(1), Torsten Bareuth/unsplash(2), jon Tyson/unsplash(2), Niklas Schütze (3), Christian Strahl/unsplash(4), Dominik Langer/unsplash(5), Victoria_Art/pixabay (5), Drobs e.V. Dresden(6) Z Thomas/wikimedia(7), linksjugend(7), victoriano-izquierdo/unsplash(8)

Gestaltung und Satz
Ostsüdost

Druck
LR Druckerei GmbH

Auflage
Die Papierausgabe wird in einer Auflage von 3000 Exemplaren gedruckt.
Digital lesbar ist die Ausgabe unter www.dielinke-dresden.de

Redaktionsschluss
7. Juni 2022

Unterstützung
Die Zeitschrift »Mittendrin« kann kostenfrei abonniert werden. Wir freuen uns jedoch über eine Spende, mit der Sie das Erscheinen unserer Zeitung unterstützen.
Spendenkonto:
DIE LINKE. Dresden
IBAN: DE94 8505 0300 3120 1714 16
Ostsächsische Sparkasse Dresden

DIE LINKE.
Stadtverband Dresden

Den Bogen überspannt

Im letzten Stadtrat wurde die zweite Offenlage für den Bebauungsplan Gleisbogen Hansastraße beschlossen. Einmal mehr muss eine überambitionierte Planung des Stadtplanungsamtes in die Wiederholungsschleife

Im Vorfeld der ersten Offenlage der Pläne zum Gleisbogen Hansastraße hatte sich eine Bürgerinitiative (BI) aus der Nachbarschaft des Baufeldes zwischen Lößnitzstraße und Bahnhof Neustadt gebildet, die zwar eine Wohnbebauung begrüßte, einem Kahlschlag im bestehenden Großgrün und einer Überverdichtung mit dem Investorentraum *Urbanes Mischgebiet* verständlicherweise kritisch gegenüber stand. Die BI Lößnitzstraße befasste sich mit den Plänen, reichte zahlreiche Anregungen und Kritik zur Planung im Rahmen der vorgeschriebenen Beteiligung der Öffentlichkeit ein. Vorgetragen wurde der Erhalt des Großgrüns auf dem Baufeld und seine Bedeutung als Biotop – hier droht ein Kahlschlag, weiter das hohe Maß der Versiegelung und eine zu befürchtende Verschlimmerung von Überhitzung, Luftverschmutzung und Lärm.

Brachflächen einfach zubauen?

Erster Erfolg für die Bürgerinitiative

Nach der Abwägung der Eingaben wurde die Planung überarbeitet. Es erfolgte eine Reduzierung des Bauvolumens, ohne ganz auf ein Baufeld zu verzichten und mehr Grün und Luft auf dem Areal zuzulassen. Ein großer Spielplatz wurde öffentlich gewidmet und nicht nur für das Wohngebiet vorgesehen, Dach- und Fassadenbegrünung sollen der Überhitzung entgegenwirken, obwohl hier offenbleiben muss, ob dies tatsächlich wirkt oder nur dem Greenwashing des Projektes dient. Schon eine weitere Zusage des Stadtplanungsamtes, mehr Spielflächen einzuplanen, erwies sich als Märchen, denn dem Wunsch, diese Spielflächen auf dem Plan auch verbindlich als solche festzusetzen, erteilte das Stadtplanungsamt eine Absage, weil die Flächen dazu zu klein seien.

Zwar waren bei weitem nicht alle Anregungen aus den Eingaben der BI berücksichtigt worden. Aber schon eine Überarbeitung der Planung, die eine erneute öffentliche Auslegung und damit wiederum die Möglichkeit der Stellungnahme eröffnet, kann als Erfolg gewertet werden. Eigentlich sind solche Schleifen ärgerlich, sie bedeuten Zeitverlust und zeigen, dass im Vorfeld bei der Planung nicht optimal gearbeitet worden ist.

Zank in der Verwaltung

Wer in der Abwägung weiterblätterte, von der interessierten Öffentlichkeit zu den *Trägern öffentlicher Belange*, erkannte allerdings, warum das Stadtplanungsamt die Bedenken der BI Lößnitzstraße nicht gänzlich *weggewogen* hatte, wie ein Vom-Tisch-Wischen von Kritik an Planungen im Amtsdeutsch genannt wird. Denn das Umweltamt hatte *von Amts wegen* synonyme Kritik an der Planung in ungewöhnlich scharfer Art formuliert.

Schon eine Überarbeitung der Planung kann als Erfolg gewertet werden

Grundsätzlich wurde in Frage gestellt, ob ein beschleunigtes Verfahren ohne Umweltbericht überhaupt im stadtklimatischen Sanierungsgebiet zulässig sei. Neben vielen Anregungen zum Arten- und Gehölzschutz verlangte das Umweltamt ebenfalls den Entfall eines Baufeldes zur Reduzierung der Überverdichtung.

Es bleibt spannend: Auch nach der neuen Offenlage gilt es, sich gründlich mit den Eingaben der Bürgerinitiative Lößnitzstraße und des Umweltamtes auseinanderzusetzen. *Tilo Wirtz*

Freies Feiern ist an der Stress-Ecke noch möglich

POLIZEIVERORDNUNGEN

Das Kreuz mit dem Eck

Wenn in Dresden vom »Assi-Eck« gesprochen wird, wissen alle sofort Bescheid: Die Ecke ist eine Kreuzung und befindet sich im Zentrum der Äußeren Neustadt.

Um die Stigmatisierung durch den Begriff »Assi-Eck« abzumildern wird auch von der »Schiefen Ecke oder der »Bunten Ecke« gesprochen. An der Problematik hat sich dadurch aber nichts geändert. Es halten sich in manchen Nächten zu viele laute Menschen dort auf. Sie trinken Alkohol, feiern, gröhlen und sie reden laut durcheinander. Es ist ein urbanes Phänomen, das sich in jeder Großstadt auf der ganzen Welt finden sollte.

Die Beschwerden über die Lautstärke, den Müll und die Belästigungen, die von der Menschenansammlung an der Ecke ausgehen, sind über die Jahre mehr und mehr geworden. Manch andere Ecke in der Neustadt – wie der berühmte Scheune-Vorplatz – wurde nämlich befriedet und die vor allem jüngeren Besucher des ehemaligen Szeneviertels sammeln sich nun gänzlich an ein, zwei Orten. Um den Beschwerden der Anwohnern Rechnung zu tragen, hat das Verwaltungsgericht Dresden Maßnahmen zur Verbesserung der Lage angeordnet. Die Stadtverwaltung will der Situation mit zwei Polizeiverordnungen beikommen. Die Vorlagen sehen ein Alkoholverkaufsverbot in den Spätis des Viertels und ein Alkoholkonsumverbot an der Ecke selbst vor.

Aus Erfahrung wissen wir: Das ist kein Beitrag zur Lösung des Problems. Wie sollte ein Konsumverbot in der Neustadt denn durchgesetzt werden? Am Ende werden Leute vertrieben und andere Ecken werden laut. Die Anwohner brauchen Schutz vor Lautstärke und das geht mit sogenannten Hamburger Fenstern. Und zuletzt: Nur weil es das in anderen Stadtteilen nicht gibt, muss die Späti-Kultur der Neustadt nicht auch zerstört werden.

Vielmehr bräuchte es in den anderen Stadtteilen auch Angebote und Plätze für Menschen, die sich nachts treffen wollen. Die Neustadt übernimmt bis jetzt für die Gesamtstadt Dresden die Funktion, Jugendlichkeit ausleben lassen zu können.

Magnus Hecht

Es gibt viel zu tun

Der Stadtrat debattierte Mitte Mai darüber, wie sich die Lebensqualität in den Dresdner Stadtvierteln erhöhen ließe. Die dementsprechende Aktuelle Stunde war auf Antrag der Grünen-Fraktion zustande gekommen, für die diese Debatte zum Bumerang wurde. Wir dokumentieren die Rede von LINKE-Stadträtin *Anne Holowenko*

Was macht Lebensqualität aus?

»Lebensqualität in Stadtvierteln erhöhen – Auswirkungen des Kfz-Verkehrs verringern« das ist kein Thema für eine aktuelle Stunde im Dresdner Stadtrat im Mai 2022, sondern hätte Thema bei jeder einzelnen Dienstberatung der zuständigen Beigeordneten seit August 2015 sein können und müssen.

Man kann wirklich nur mit dem Kopf schütteln, wenn man sich den Antragstext durchliest. Jeden Einzelnen der aufgeführten Punkte hätten die zuständigen Beigeordneten Raoul Schmidt-Lamontain und Stephan Kühn doch längst umsetzen können und müssen.

Falls das den Grünen nicht schnell genug gegangen wäre, hätten sie mit entsprechenden Anträgen hier im Stadtrat in den letzten sieben Jahren ihren Beigeordneten einen sanften Stups in die richtige Richtung geben können – wir hätten das an verschiedenen Punkten sicherlich gern unterstützt.

Fehlleistungen der Stadtspitze

Stattdessen müssen wir uns heute mit den realen Fehlleistungen der Dresdner Stadtverwaltung unter Führung von Oberbürgermeister Hilbert beschäftigen, dem die Themen Lebensqualität, Klimaschutz und Verkehrssicherheit in seiner Amtszeit bislang überhaupt nicht wichtig waren. Er setzte lieber andere Schwerpunkte und es fällt ihm jetzt im Wahlkampf ein, dass er seine durch und durch gelbe Politik grün anstreichen sollte, um Punkte zu sammeln.

Aber ich frage Sie, Herr Hilbert, was nutzen der Stadtgemeinschaft Wirtschaftsansiedlungen, wenn die Kinder der Beschäftigten nicht sicher in die Schule oder auf den Spielplatz kommen? Was nutzt der Dresdner Bevölkerung eine Stadt ohne neue Schulden, wenn die Menschen durch die zunehmende Verdichtung um jedes Bisschen Freiraum zum Durchatmen und Entspannen kämpfen müssen? Stattdessen wurde Vonovia gestattet, Hinterhöfe wie die an der Grunaer Straße zuzubauen, Flächen wurden versiegelt und die Stadt kommt bei der Umsetzung des Fuß- und Radverkehrsplans kaum vom Fleck.

Gleichzeitig wurden die Tickets für Bus und Bahn immer teurer und die Zuschüsse für die DVB wurden stark zusammen gekürzt. So kann die Verkehrswende ganz sicher nicht gelingen!

Liebe Grüne Fraktion, ihr merkt es selber, euer Antrag ist überhaupt nicht stringent und lenkt den Fokus auf die vielen, vielen Dinge, die in den letzten Jahren in Dresden unter fachlicher Verantwortung der Grünen-Beigeordneten falsch gelaufen oder gar nicht erst passiert sind.

Unerledigte Aufgabe: Verkehrssicherheit

Es gibt so viele Orte in unserer Stadt, an denen Fußgänger:innen und Fahrradfahrer:innen Tag für Tag durch den Autoverkehr gefährdet werden oder sich zumindest unsicher oder unwohl fühlen. So viele Problemstellen, auf die Eltern, Schulen und Bürger:innen immer wieder aufmerksam gemacht haben.

Nehmen wir zum Beispiel die Schaffung einer sicheren Querungsmöglichkeit auf der Strehlener Straße. Dazu gab es sogar eine Petition – mit dem Ergebnis, dass bis heute nichts passiert ist und die Schulkinder sowie Menschen, die die Räume des Körper- bzw. Blinden- und Sehbehindertenverbandes besuchen wollen, dort immer noch ohne Ampel, ohne Verkehrsinsel und bei Tempo 50 über die Straße huschen müssen.

»Statt Abhilfe zu schaffen, legt uns die Verwaltung toll klingende Konzepte vor«

Nächster Punkt sind die vielen fehlenden Zebrastreifen vor Schulen, Kitas oder Seniorenheimen. Als Beispiel sei hier die 30. Grundschule in der Hechtstraße genannt. Die Eltern haben es einfach satt – sie können die ewig gleichen Ausreden nicht mehr hören.

Sie wollen, dass endlich was passiert und ihre Kids sicher in die Schule kommen. Statt ganz konkret Abhilfe zu schaffen und zum Beispiel jede Woche eine dieser vielen Problemstellen zu beseitigen, legt uns die Verwaltung einen Masterplan, ein großes, toll klingendes Konzept nach dem anderen vor. Haben Sie doch mal Mut zur Kleinteiligkeit. Gehen Sie die realen Probleme in Dresden ganz konkret an!

Aber auch der Geschäftsbereich von Umweltbürgermeisterin Eva Jähnigen, zuständig für das Stadtgrün, hätte in den letzten Jahren aktiv zur Steigerung der Lebensqualität und zum Klimaschutz beitragen können. Stattdessen wurden unter Ihrer Verantwortung in den letzten fünf Jahren Jahr für Jahr mehr Bäume gefällt, als neu gepflanzt.

Natürlich waren viele Fällungen aufgrund des Klimawandels notwendig, weil die Bäume einfach verdurstet und abgestorben sind. Aber da muss man eben Abhilfe schaffen und entsprechend mehr Bäume pflanzen, die ja alle noch viele Jahre brauchen, bis sie so groß sind, dass sie eine positive Auswirkung auf die Lebensqualität in Dresden haben. Aber das wissen Sie als Grüne doch eigentlich am besten.

Viel zu tun für mehr Lebensqualität

Lebensqualität durch ausreichend Bewegungsräume, Verkehrssicherheit, Klimaschutz durch aktive Aufforstung und einen öffentlichen Personennahverkehr, den die Menschen auch annehmen, weil sie sich ihn finanziell leisten können – das alles muss endlich Chefsache in Dresden werden und darf nicht nur blumiges Wahlkampfversprechen sein.

Sie sehen, es gibt viel zu tun. Ich wünsche mir stellvertretend für die Menschen in unserer Stadt, dass endlich konkrete Dinge passieren, die die Lebensqualität der Dresdnerinnen und Dresdner wirklich erhöhen. Aktuelle Stunden wie diese gehören ganz sicher nicht dazu.«

Mit Straßenbäumen viel schöner: Straßen

RUND 7700 FÄLLUNGEN IN ZEHN JAHREN

Mein Freund, der Baum?

Es ist eine einfache Wahrheit, die LINKEN-Fraktionsvorsitzender André Schollbach ausspricht: »Wenn wir beim Klimaschutz vorankommen wollen, müssen mehr Bäume gepflanzt werden. Die Bäume sind wichtig für eine saubere Luft, spenden Schatten und sorgen für ein besseres Klima in der Stadt.«

Diese Erkenntnis hat sich aber offensichtlich noch nicht in der Dresdner Stadtverwaltung durchgesetzt. Schollbach wollte von Oberbürgermeister Hilbert nämlich wissen, wie viele Straßenbäume in Dresden in den vergangenen Jahren gefällt sowie neu gepflanzt wurden. Aus der Antwort der Stadtverwaltung geht hervor, dass im Zeitraum von 2010 bis 2020 insgesamt 7697 Straßenbäume in Dresden gefällt, aber deutlich weniger neu gepflanzt (5689) wurden. Im Saldo von Fällungen und Neupflanzungen gibt es in Dresden damit heute 2008 Straßenbäume weniger als im Jahr 2010.

Auch in der Amtszeit von Dirk Hilbert (FDP) als Oberbürgermeister und Eva Jähnigen (Grüne) als Umweltbürgermeisterin hat sich an dem Umstand, dass mehr Bäume gefällt als neu gepflanzt werden, nichts Wesentliches geändert. So wurden von 2015 bis 2020 insgesamt 4231 Straßenbäume gefällt, aber nur 3567 Straßenbäume neu gepflanzt. Dresden hat damit in diesem Zeitraum im Saldo weitere 664 Bäume verloren.

Aus Sicht von Stadträtin Anne Holowenko scheint die Stadtspitze beim Thema, »die Säge locker anzusetzen und sorgt seit Jahren nicht für ausreichend Ersatzpflanzungen. Es kann nicht sein, dass Dresden Jahr für Jahr eine negative Baumbilanz aufweist – und das in Zeiten des Klimawandels.« *Die Redaktion*

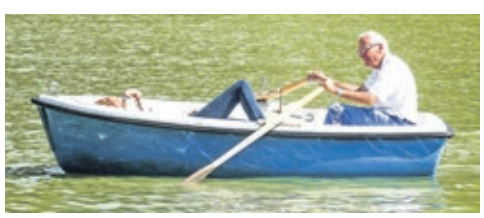
FRAKTIONSINITIATIVE

Wenn die Gondeln gar nichts tragen

Jahrzehntelang erfreuten sich Jung und Alt bei einer Bootspartie auf dem Carolasee im Großen Garten. Doch damit ist nun Schluss. Der Gondelboots-Verleih wurde geschlossen und der Gondelbetrieb eingestellt. Die Staatliche Schlösser, Burgen und Gärten Sachsen gemeinnützige GmbH hat den Pachtvertrag mit dem bisherigen Pächter gekündigt. Ein neuer Pachtvertrag wurde bisher nicht abgeschlossen. Es ist aktuell völlig unklar, ob, wie und wann der Gondelbetrieb auf dem Carolasee wiederaufgenommen wird.

Für André Schollbach gehört »das Gondeln genauso zum Großen Garten wie eine Fahrt mit der Parkeisenbahn. Es sind die kleinen Dinge, die unsere Stadt liebenswert machen.« Dass das viele Dresdnerinnen und Dresdner genauso empfinden, zeigt der starke Zuspruch zu einer Petition, die Schollbach gemeinsam mit anderen Genossinnen und Genossen gestartet hatte. Mittlerweile haben fast 2000 Menschen den Aufruf, das Gondeln wieder zu ermöglichen, unterschrieben.

Grund genug für die Fraktion DIE LINKE, einen Eilantrag in den Stadtrat zu bringen. Demnach fordert der Stadtrat die Staatliche Schlösser, Burgen und Gärten Sachsen gemeinnützige GmbH auf, »das Gondeln auf dem Carolasee im Großen Garten zu ermöglichen und unverzüglich für die Wiedereröffnung eines Gondelboots-Verleihs zu sorgen«. Am 23. Juni steht der Antrag auf der Tagesordnung des Rates. *Die Redaktion*



Geht vertraute Zweisamkeit baden?

■ **Noch kann die Petition mitgezeichnet werden: www.dresden.de/de/leben/gesellschaft/buergebeteiligung/epetition.php**

Wo die Blumen sind

Ist ein Antrag für mehr Blühwiesen angesichts von Kriegen, Hungersnöten und der zunehmenden sozialen Spaltung überhaupt sinnvoll?

Sag mir, wo die Blumen sind. Hier zum Beispiel

Es gibt Katastrophen, die wir geneigt sind, kaum wahrzunehmen oder in ihrer Bedeutung zu verdrängen. Der Verlust der biologischen Vielfalt ist neben dem menschengemachten Klimawandel eine der größten ökologischen Katastrophen unserer Zeit. Blühwiesen sind Lebensraum für Insekten und damit Teile von Ökosystemen. Prinzipiell gilt: Je höher die Biodiversität, desto besser ist die Anpassungsfähigkeit der Ökosysteme bei Veränderungen der Umweltbedingungen und desto stabiler sind die erbrachten Ökosystemleistungen wie etwa die Bestäubung von Kulturpflanzen, die Bodenfruchtbarkeit, der Schutz vor Umweltkatastrophen wie Hochwasser, die Reinigung von Wasser und Luft oder der Abbau von Abfällen und Schadstoffen.

Als einen der größten Treiber des Biodiversitätsverlusts macht der Weltbiodiversitätsrat (IPBES) die Änderung der Landnutzung aus (IPBES 2019). Die Bebauung oder in artenarme Vielschnittrasen umgewandelte artenreicher Wiesen sind zwei der größten Sünden in den Städten. Dabei können aufgewertete und nach naturschutzfachlichen Gesichtspunkten bewirtschaftete, städtische Grünflächen relevante Lebensräume für Pflanzen, Tiere und Menschen darstellen. Ab dem Jahr 2020 ist bei der Neuanlage von Grasland in der freien Landschaft die Verwendung gebietseigenen Saatguts gesetzlich vorgeschrieben.

Eine vergleichende Analyse von Regiosaatgut stellte fest, dass Pflanzen aus verschiedenen Regionen genetisch unterschiedlich waren. Regionale Pflanzen hatten mehr Blüten und Biomasse als nicht regionale. Die Mehrzahl der Arten zeigte abnehmende Fitness und abweichendes Blühverhalten mit zunehmender Entfernung vom heimischen Standort. Auch die Insekten in Blütenköpfen unterschieden sich. Viele Graslandarten sind regional angepasst.

Die Eignung von Saatgut nimmt deshalb mit zunehmender Entfernung vom Standort, an dem es gewonnen wurde, ab. Weil viele Insektenarten, vor allem Wildbienen und Schmetterlinge, auf bestimmte, heimische Pflanzenarten spezialisiert sind (vgl. Voskuhl und Zucchi 2020), ist es wichtig, Saatgut von Flächen im Dresdner Umland zu nutzen (vgl. Rudolph et al. 2018, Kiehl und Schröder 2021).

In unserem Antrag geht es deshalb nicht nur um die Erhöhung der Anzahl der Blühwiesen und Blühstreifen, sondern insbesondere auch um die Verwendung regional gewonnenen Saatgutes. Wünschenswert bleibt außerdem die wissenschaftliche Begleitung der Gewinnung und Anwendung Dresdner Saatgutes für Blühwiesen.

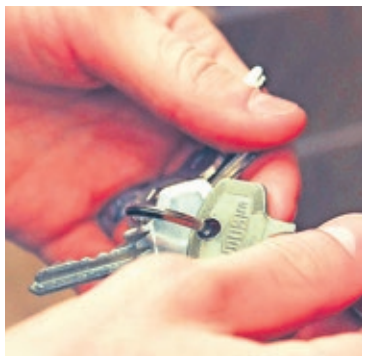
Margot Gaitzsch

MIETENWAHNNSINN

Erhebliche Nöte

Eine neue Zahl macht auf drastische Weise die grassierende Armut in unserer Stadt deutlich. Umso härter trifft es Einkommensarme in einer Stadt wie Dresden, in die Mieten explodieren. Das Auseinanderdriften zwischen Arm und Reich wurde im Oberbürgermeisterwahlkampf beständig thematisiert – allerdings fast ausschließlich von der LINKEN. Dass das ein Thema für die gesamte Stadtgesellschaft sein sollte, zeigt nun die Antwort auf eine schriftliche Anfrage von LINKEN-Fraktionsvorsitzenden André Schollbach – demnach haben in Dresden aktuell 82.300 Mieterhaushalte (27,4 Prozent) Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein.

Der Wohnberechtigungsschein (WBS) ist eine amtliche Bescheinigung, mit der Mieter nachweisen können, dass sie berechtigt sind, eine mit öffentlichen Mitteln geförderte Wohnung (Sozialwohnung) zu beziehen. Gemäß § 1 Absatz 1 Sächsische Einkommensgrenzen-Verordnung beträgt die für die soziale Wohnraumförderung maßgebliche Einkommensgrenze für den Bezug von mietpreis- und belegungsgebundenen Mietwohnungen jährlich für einen Einpersonenhaushalt 16.800 Euro, für einen Zweipersonenhaushalt 25.200 Euro, zuzüglich für jede weitere zum Haushalt rechnende Person 5740 Euro.



Wenn die eigene Wohnung nicht nur Heimstatt, sondern monatliche Last ist

André Schollbach stellt das dahinterliegende Armutsproblem den steigenden Mieten gegenüber: »Zwar ist in den vergangenen Jahren auch in Dresden eine Menge gebaut worden. Doch zahlreiche der neuen Wohnungen sind sehr teuer und gehen an den Bedürfnissen der meisten Menschen vorbei.« Schollbachs Beobachtung wird durch die Antwort der Stadtverwaltung auf eine weitere Anfrage gestützt: »So findet Mietwohnungsneubau in unserer Stadt fast ausschließlich im hochpreisigen Segment statt. Angebotsmieten von bis zu 14 Euro pro Quadratmeter, nicht mehr nur in der Innenstadt, sind keine Seltenheit. Die Attraktivität Dresdens mit stetig steigender Nachfrage, steigende Baupreise sowie hohe Grundstückspreise werden die Mieten auch in Zukunft weiter nach oben treiben.«

Schollbach weiß: »Steigende Mieten sind ein großes Problem für viele Menschen. Nicht wenige Dresdnerinnen und Dresdner haben Schwierigkeiten, eine geeignete und bezahlbare Wohnung zu finden. Viele sind in Sorge, ob sie sich künftig die eigene Wohnung noch werden leisten können. Denn neben den Wohnungsmieten steigen auch die Kosten für Strom, Heizung und Lebensmittel kräftig an. Diese Entwicklung bringt zahlreiche Menschen in erhebliche Nöte.« Ein Weg gegen die Armut muss Schollbach zu Folge das spürbare Bremsen des Anstiegs der Mieten. Deshalb brauche es maximalen Einfluss der Stadt auf den Wohnungsmarkt. *Die Redaktion*

Demokratie braucht Stärkung vor Ort

INTERVIEW

Mehr Freiheit für Beiräte

Tilo Kießling ist Mitglied der Linksfraktion und setzt sich seit Jahren für die Förderung von Stadtbezirksbeiräten ein. Mit ihm sprachen wir über die Rolle der Selbstständigkeit der Beiräte.

Tilo, seit der letzten Wahlperiode stehen den Stadtbezirksbeiräten eigene jährliche Budgets zur Verfügung. Warum war das eigentlich so wichtig und was ist bisher die Bilanz?

Tilo Kießling: Wir führten damals eine interne Auseinandersetzung über die Stärkung der Stadtbezirksbeiräte. Diese endete mit dem Ergebnis, dass direkt gewählte Beiräte auch etwas zu entscheiden haben müssen, weshalb sie ein Budget benötigten. Durch uns konnte das dann auch durchgesetzt werden. Das war einer unserer größten kommunalpolitischen Erfolge, welcher seitdem praktisch spürbar ist. In jedem Bezirk ist der Umgang individuell, da die Rahmenbedingungen sich unterscheiden. Zahlreiche Projekte wurden überall gefördert. Dies belebt die politische Diskussion in unserer Stadt. In Zukunft sollen auch Vereine noch aufmerksamer auf die Chance werden, eigene Projekte umzusetzen. Aktuell liegt das Budget bei 9 Euro pro Einwohner, unser Ziel ist eine Erhöhung auf 25 Euro.

Tilo Kießling sitzt für die Fraktion im Ausschuss für Finanzen

Zwar gibt es klare Richtlinien zur Abgrenzung der Aufgaben von Stadtbezirk bzw. Stadtbezirksbeirat und Stadtverwaltung, doch besteht denn nicht die Gefahr, dass die Verwaltung die Budgets nutzt, um sich über Umwege zusätzliche Förderung zu beschaffen?

Einige empfinden dieses Verhalten der Verwaltung als unangebracht den Beiräten gegenüber. Allerdings ist klar, dass jede dieser Anfragen vom Stadtbezirksbeirat abgelehnt werden kann, da er die Hoheit über seine Mittel beibehält. Er ist also nicht gezwungen, sein Geld für Projekte auszugeben, die er nicht unterstützen möchte. Zudem sind viele der so finanzierten Projekte solche, die die Lebensqualität in unserer Stadt spürbar erhöhen, seien es mehr Bänke in einem Park, ein neuer Fußweg oder ein neuer Spielplatz.

Normalerweise gehen jährlich nicht benutzte Gelder zurück an die Stadt. Der Stadtrat beschloss in seiner letzten Sitzung, dass nicht genutzte Mittel des letzten Jahres in dieses übertragen werden. Warum wurde das beschlossen und sollte es ab jetzt immer so gemacht werden?

Diese Entscheidung war wichtig, aufgrund der Coronabeschränkungen des vergangenen Jahres. Ein Großteil der Sitzungen musste ausfallen, sodass große Summen des Budgets gar nicht erst abgerufen werden konnten. Das sollte auch unbedingt in Zukunft fortgeführt werden, damit Stadtbezirksbeiräte längerfristige Projekte finanzieren können und so ihre Freiheit erhöhen.

Interview: Niklas Schütze

VORNE LINKS
Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

Impressum

Herausgeber
DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat
Rathaus, 1. Etage, Zimmer 208
Dr. Külz-Ring 19, 01067 Dresden
www.linke-fraktion-dresden.de

V.i.S.d.P.
Thomas Feske

Kontakt
Telefon: 0351/4882822
fraktion@dielinke-dresden.de

Redaktion
Thomas Feske, Susann Dietzschold

Autor:innen dieser Ausgabe
Anja Apel, Pia Barkow, Thomas Feske, Dr. Margot Gaitzsch, Gregor Gysi, Magnus Hecht, Tilo Kießling, André Schollbach, Niklas Schütze, Tilo Wirtz

Redaktionsschluss
7. Juni 2022

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor.

Bildnachweise
Franziska Pilz (1); Trialon / Kläber (1); Jakob Huber (2); Circe Denyer / pixabay (2); elbartoo (3); Janine Rabovsky (3); Wolfgang Eckert / pixabay (4); mac231 / pixabay (4); Tilo Witz (5); Mary Bettini Blank / pixabay (5); press 👍 and ★ auf pixabay (6); pieonane / pixabay (7); Carlos Bonilla / pixabay (7); Jeyaratnam Caniceus / pixabay (7); Sephelonor / pixabay (8); Anja-#pray for ukraine# #helping hands# stop the war / pixabay (8)

Gestaltung und Satz
Ostsüdost

Druck
LR Druckerei GmbH

Auflage
Die Papierausgabe wird in einer Auflage von 3000 Exemplaren gedruckt.

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat